

## Bildungspolitik

Ein grosses Bravo an Professor Walter Herzog (NZZ 18. 4. 18). Endlich spricht jemand das aus, was die Kritiker an derzeitigen Schulmodellen, am Lehrplan 21 und an der Bildungsentwicklung generell schon lange auszusetzen haben. Nur hätte dieser Artikel vor den Abstimmungen erscheinen sollen. Denn er bringt genau die Fakten auf den Punkt, die weder EDK-Leute noch flammende Lehrplan-21-Befürworter und Bildungstechnokraten gerne wahrhaben wollen. Leider aber entsprechen Herzogs Ausführungen der Realität. Als langjähriger Nachhilfelehrer beobachte ich diese Fehlentwicklung an der öffentlichen Schule schon seit Jahren. Viele Eltern habe ich vor den Folgen gewarnt. An Schulen, wo das selbstorganisierte Lernen die vorherrschende «Unterrichtsform» ist, klaffen zum Teil massive Stoffrückstände und Wissenslücken, da die Schüler oft dreimal so lange für die Bearbeitung benötigen wie ihre «Gspändli», die noch einen konventionellen Schulunterricht erleben. Mangelnde Kontrolle, das Arbeiten nach dem «Lustprinzip» und der Irrglaube, mit einem «Eins-zu-eins-iPad-Unterricht» sei man topmodern und voll auf der Linie der Schulreformer, sind fatale Wege, die unsere Schule ins Abseits stellen. Die breite Öffentlichkeit müsste endlich erkennen, was mit «Har-

mos» eigentlich gemeint war. Ohne jemals darüber abgestimmt zu haben, führte man einen neuen Lehrplan ein, der von «Kompetenzen» redet und quasi eine Abkehr der Wissensvermittlung propagiert. Ich bin mir sicher, dass diese Entwicklung spätestens in ein paar Jahren fatale Auswirkungen haben wird. Darum wäre es nur wünschenswert, wenn noch mehr Leute wie Walter Herzog aufzeigten, wie es um unsere Bildung wirklich steht, wie sie manipuliert und fremdgesteuert wird und wohin dies alles noch führen dürfte.

Thomas Baer, Embrach

In der NZZ stellt Professor Walter Herzog die interessante Frage, ob wir heute noch eine öffentliche Schule hätten. Zu Beginn unterscheidet er zwischen «Staat» und «Öffentlichkeit», eine Unterscheidung, die für den liberalen und demokratischen Staat seit 1848 nur schwer nachvollziehbar ist. Walter Herzog stellt ferner fest, dass die Schule bisher durch die Zivilgesellschaft über Schulkommissionen oder Schulpflegen kontrolliert worden ist. Gewählt wurden die Mitglieder dieser Gremien allerdings durch staatliche Institutionen, sei es durch Gemeindeversammlungen oder durch Gemeindeparlamente. Die Schulaufsicht wird nicht allein durch die Schulkommissionen, sondern in fachlicher Hinsicht durch die Schulinspektorate wahrgenommen. Die von Herzog beklagte Tendenz zum Expertentum erhält in der zunehmend wichtigeren Elternmitarbeit in den Schulen ein begrüssenswertes Gegengewicht, ganz im Sinne von mehr Öffentlichkeit. Angesichts der gestiegenen Mobilität der Bevölkerung ist das Postulat der Harmonisierung der kantonalen Lehrpläne zu begrüßen, nicht zuletzt zum Wohle der Kinder. Nicht nachvollziehbar sind schliesslich die Klagen von Herzog zur mangelnden Diskussion über den Lehrplan 21: Eine

regelmässige Lektüre der NZZ in den letzten Jahren lehrt da etwas anderes. Auch eine «Geheimnistuerei» bei der Entwicklung des Lehrplans 21 hat angesichts des breiten Vernehmlassungsverfahrens bei Verbänden und Parteien nicht stattgefunden.

Daniel V. Moser, Bern

Professor Walter Herzog unterscheidet zu Recht die Begriffe «öffentliche Schule» und «staatliche Schule». Seine Grenzziehung zwischen diesen Begriffen ist aber fragwürdig. «Öffentlich» ist eine Abwandlung von «offen»; eine öffentliche Institution ist eine solche, die für alle offen zugänglich ist. Sie kann auch eine privatrechtliche Trägerschaft haben – Beispiel Privatbahnen. Einerseits sind staatliche Grundschulen immer öffentliche Schulen, gleichgültig, wie die Aufsicht gestaltet wird und der Lehrplan zustande gekommen ist. Andererseits kann auch eine nichtstaatliche Schule eine öffentliche Schule sein, sofern der Zugang für alle Kinder durch eine öffentliche Finanzierung gewährleistet ist. Der tiefere Grund für die zunehmende Kritik am öffentlichen Bildungswesen ist der gesellschaftliche Pluralismus. Verschiedene Wertvorstellungen und Menschenbilder führen zu ganz unterschiedlichen Vorstellungen von einer «guten Schule». Mit der bevorstehenden Digitalisierung werden diese Vorstellungen noch weiter auseinanderdriften. Einen Konsens über die «richtige Schule» wird es nie geben. Und politische Mehrheitsentscheide dazu sind ebenso unsinnig wie solche Entscheide über die «richtige Kunst» oder die «richtige Religion». Aus den genannten Gründen ist das aus dem 19. Jahrhundert stammende (staatliche) Monopol eines Schulmodells heute nicht mehr zeitgemäss. Das öffentliche Bildungswesen muss sich diversifizieren. Aber nicht nur die Vorstellungen von einer «guten Schule», sondern auch die

Bildungsbedürfnisse der Kinder sind sehr verschieden. Zur guten Förderung aller Kinder braucht es verschiedene Schulmodelle. In einem vielfältigen öffentlichen Bildungssystem haben die Lehrpersonen die Möglichkeit, in einem Schulmodell zu unterrichten, das ihren inneren Überzeugungen entspricht, und die Eltern können ihr Kind in eine Schule schicken, welche seinen Bildungsbedürfnissen gerecht wird.

Erwin Ogg, Rapperswil-Jona